



EU – Projekt Europäischer Dialog zu den aktuellen Herausforderungen und innovativen Maßnahmen in der beruflichen Bildung

Gefördert von der
Europäischen Kommission

-
- Konferenz:** Perspektiven einer beruflichen Bildung für alle –
im europäischen Bildungsraum
- Zeit:** 29.02. – 01.03.2008
- Ort:** Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand



Hamburger Erklärung

Anlässlich der Tagung „Perspektiven einer beruflichen Bildung für alle – im europäischen Bildungsraum“ erklären wir:

Der europäische Vergleich zeigt, dass in Deutschland die soziale Benachteiligung in der Bildung am höchsten ist. Selektivität und fehlende Durchlässigkeit im Bildungswesen wirken sich auch für die berufliche Bildung äußerst nachteilig aus. Die gegenwärtige Bildungsarmut in Deutschland - 15 % Ungelernte im Alter zwischen 20 und 29 im Jahr 2007 - ist in sozialer und ökonomischer Hinsicht alarmierend. In Deutschland wurde versäumt, durch ein integratives Schulsystem frühzeitiges Scheitern beim Lernen zu verhindern, sowie das traditionelle duale System zu ergänzen. Der Mangel an Ausbildungsplätzen bewirkt, dass für viele junge Menschen der Übergang in Ausbildung nicht gesichert ist bzw. verzögert wird. Von den europäischen Nachbarn zu lernen heißt: das allgemeinbildende Schulwesen in Richtung einer Schule für alle während der ersten 10 Schuljahre umzustrukturieren, Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule einschließlich Weiterbildung zu verwirklichen und staatliche Verantwortung für berufliche Bildung und Weiterbildung zu regeln.

Wir fordern:

1. Die von der Bundesregierung beschlossene Qualifizierungsinitiative muss allen jungen Menschen eine berufliche Ausbildung ermöglichen. Für alle Jugendlichen muss eine Ausbildung gesetzlich garantiert werden, bis hin zur zweiten und dritten Chance. Dafür muss ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen im dualen System und an anderen Lernorten geschaffen werden. Um dies zu finanzieren, ist eine Ausbildungsabgabe erforderlich. Das Recht auf Bildung muss für alle Phasen des Lernens in jedem Lebensalter gelten.

2. Der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung verlangt eine intensive Vorbereitung in der Schule sowie eine qualifizierte Beratung bis hin zur Bildungsbegleitung. In der Beratung und Vermittlung muss darauf geachtet werden, dass die Jugendlichen mit Migrationshintergrund erreicht und gefördert werden. Das derzeitige ineffektive und intransparente Übergangssystem muss überwunden werden.
3. Die Beruflichkeit der Ausbildung muss beibehalten und gesichert werden, auch im Prozess der Europäisierung dürfen Schmalspurausbildungen nicht zugelassen werden. Alle Kompetenzen, die in Lern- und Arbeitsprozessen erworben werden, müssen sowohl im Beruf als auch beim weiteren Bildungsweg angerechnet werden.
4. In einer beruflichen Ausbildung sind umfassende Lernprozesse erforderlich, die Aneignung fachlicher, humaner und sozialer Kompetenzen muss gewährleistet und Prüfungen müssen dementsprechend gestaltet werden. Die europäischen und internationalen Dimensionen beruflicher Handlungsfähigkeit müssen berücksichtigt werden. Modularisierung ist eine Frage der pädagogischen didaktischen Strukturierung und darf nicht für die Durchsetzung von Kurzausbildungen instrumentalisiert werden.
5. Der Deutsche Qualifikationsrahmen und damit im Zusammenhang der europäische müssen genutzt werden, um die Durchlässigkeit des Bildungswesens in Deutschland endlich zu erreichen, andere europäische Länder sind darin wegweisend. Berufliche Abschlüsse dürfen nicht unterbewertet werden. Für die Aufgabe der Beratung, Kompetenzfeststellung und Bewertung ist die gesellschaftliche Verantwortung zu sichern.
6. Die Ausbildung der Lehrkräfte und der Ausbilder ist ein Schlüssel für die Qualität der beruflichen Bildung. Auch förderpädagogische Kompetenzen gehören zum Profil pädagogischer Arbeit in berufsbildenden Schulen. Für den betrieblichen Bereich ist die Eignungsverordnung für Ausbilder wieder in Kraft zu setzen. Die pädagogische Arbeit darf wegen Lehrermangels und um Kosten zu sparen nicht von unqualifizierten und/oder prekär beschäftigten Hilfskräften ausgeführt werden. Der voraussehbare hohe Bedarf an Lehrkräften (in Deutschland ist das Alter der Lehrkräfte im europäischen Vergleich am höchsten) muss Anlass sein, verstärkt auszubilden.
7. Gute Arbeitsbedingungen und demokratische Beteiligung sind zentrale Kriterien für die Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen. Engagement der Lehrkräfte entfaltet sich, wenn mitgestaltet werden kann und die Rahmenbedingungen stimmen.
8. Berufsbildende Schulen sind überwiegend Teil des öffentlichen Bildungswesens, ihre Privatisierung wird abgelehnt. Die uneingeschränkte staatliche Verantwortung ist Rahmenbedingung für eine demokratische Kultur und Beteiligung der LehrerInnen, SchülerInnen, Eltern, VertreterInnen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften an den berufsbildenden Schulen.